

**Bezugspreis:**  
 In Neuenburg RM. 1,40  
 durch die Post im Ort- und Ober-  
 amtsbezirk, sowie im festlichen  
 inländischen Verkehr RM. 1,70 mit  
 Postzuschlag. Preis freibleibend.  
 In allen übrigen Bezirken beträgt  
 der Preis um 10 bis 20 Prozent  
 höher. Bei Abnahme von 100  
 Exemplaren wird der Preis nach  
 Vereinbarung festgesetzt.  
 Bestellungen nehmen alle Post-  
 ämter, sowie Agenturen und  
 Buchhandlungen jederzeit entgegen.  
 Verlagspreis RM. 4,00  
 Einheitspreis RM. 2,40 bei der Oberamts-  
 Poststelle Neuenburg.

# Der Enztäler

**Anzeigenpreis:**  
 Die einpaltige Zeile über  
 dem Raum 25 Rp., Wellenlinie  
 80 Rp., Kollektionsanzeigen 100 Rp.,  
 Zuschlag. Offerte und Aufstellung  
 20 Rp. Bei größeren  
 Aufträgen Rabatt, der im Falle  
 des Abdruckes variieren  
 kann, ebenso wenn die Zahlung  
 nicht innerhalb 8 Tagen nach  
 Rechnungsdatum erfolgt. Bei  
 Änderungen treten sofort alle  
 früheren Vereinbarungen außer  
 Kraft. Geschäftsbesitz für beide  
 Seiten. Für teile, Aufnahme  
 und keine Gewähr übernommen.  
 Erscheint täglich mit Ausnahme  
 der Sonn- und Feiertage.

ANZEIGER FÜR DAS ENZTAL UND UMGEBUNG

## Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenburg

Druck und Verlag der Neuenburger Buchdruckerei (Inhaber Fr. Biefinger). Für die Schriftleitung verantwortlich Fr. Biefinger in Neuenburg.

№. 96 Mittwoch den 7. April 1933 91. Jahrgang

### Beschlüsse des Reichstabinetts

Berlin, 26. April. Die angekündigten Beratungen des Reichstabinetts sind programmäßig im Gange. Zunächst hat heute abend eine Besprechung stattgefunden, die den Fragen der Arbeitslosenfürsorge galt. Daran schloß sich eine Ministerbesprechung an, in der die politische Lage erörtert wurde. Es ist anzunehmen, daß auch Vizkanzler von Papen und Ministerpräsident Göring über ihren Besuch in Rom berichtet haben. Daraus ergibt sich, daß die außenpolitischen Fragen in der Ministerbesprechung einen besonderen Raum einnahmen.

Außer dem Gesetz gegen die Ueberfremdung deutscher Schulen und Hochschulen wurden eine Reihe anderer Gesetze verabschiedet. Dazu gehört zunächst eine Änderung des Statthaltergesetzes. § 5 Absatz 1 dieses Gesetzes erhält folgende Fassung: In Preußen übt der Reichskanzler die in § 1 genannten Rechte aus. Er kann die Ausübung der in § 1 Absatz 1 unter Nummer 3-5 genannten Rechte auf den Ministerpräsidenten übertragen, der ermächtigt ist, diese Rechte weiter zu übertragen. Aus der Begründung des Gesetzes geht hervor, daß es sich um das Recht der Ernennung und Entlassung unmittelbarer Staatsbeamter und Richter handelt, soweit sie bisher von der obersten Stelle erfolgte und um das Begnadigungsrecht. Das Neue an der Gesetzesänderung ist, daß die Uebertragung der Rechte nicht auf die Landesregierungen, wie bisher vorgesehen, sondern auf die Ministerpräsidenten erfolgen soll; ferner, daß der Reichskanzler die Ausfertigung und Verkündung von Gesetzen zu seiner Entlastung weitergeben kann.

Weiter hat das Reichstabinett ein Gesetz über die Anbringungsumlage für 1933 bis 1936 verabschiedet. Danach wird das Industrieabgabegebührengesetz dahin geändert, daß die Umlage jährlich 100 Millionen Reichsmark beträgt und der Umlagefuß der Aufbringungsumlage für 1933 auf 4 v. T. des ausbringungsplächtigen Betriebsvermögens festgesetzt wird.

Ein anderes Gesetz, das das Kabinett heute verabschiedet hat, bringt eine Änderung des dritten Teiles der vierten Ver-

ordnung vom Jahre 1931. Es handelt sich dabei darum, daß bei landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen und gärtnerischen Betrieben der Schuldner grundsätzlich als Zwangsverwalter bestimmt werden kann, wenn seine Persönlichkeit die vertrauenswürdigsten Voraussetzungen dafür mitbringt.

Ein weiteres Gesetz trifft neue Bestimmungen für den Verkehr mit Vieh und Fleisch; ein anderes regelt die Gebühren für Schlachthöfe, Schlachthäuser und Großviehmärkte neu. Schließlich hat das Kabinett beschlossen, daß die laufende Kreditation zugunsten von Konsumgenossenschaften nicht fortgeführt werden soll.

### Das Reichsgesetz gegen die Ueberfremdung der Schulen und Hochschulen

Berlin, 25. April. In der heutigen Sitzung des Reichstabinetts wurde das Gesetz gegen die Ueberfremdung deutscher Schulen und Hochschulen verabschiedet. Dieses Gesetz sieht vor, daß bei allen Schulen und Hochschulen die Zahl der Schüler und Studenten jeweils zu beschränken ist, daß die gründliche Ausbildung gesichert und dem Bedarf der Berufe gemäß ist. Bei Neuaufnahmen ist darauf zu achten, daß die Zahl der Reichsdeutschen, die im Sinne des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April nichtarischer Abstammung sind, unter der Gesamtheit der Bewerber jeder Schule und jeder Fakultät den Anteil der Richter an der reichsdeutschen Bevölkerung nicht übersteigt. Die Antragszahl wird einheitlich für das ganze Reich festgesetzt.

Kinder, bei denen ein Eltern- oder Großelternanteil arischer Abstammung ist, fallen bei diesem Gesetz nicht unter den Begriff der Richter, sofern sie aus Ehen stammen, die vor Erlass dieses Gesetzes geschlossen sind. Ausgenommen von allen Schulen und Hochschulen sollen die Kinder von Juden sein, die nach dem 1. August 1914 aus dem Osten eingewandert sind.

### Was spielt im Weißen Hause?

S. Berlin, den 25. April 1933.

Durch alle französischen Betrachtungen zu den internationalen Verhandlungen in Washington klingt zwar ein Ton der Resignation. Dadurch dürfen wir uns aber nicht in ein falsches Gefühl der Sicherheit wiegen lassen. So schnell wird Herrriot die Ämte nicht ins Korn werfen. Wenn jetzt zunächst nur die Vertreter Englands und Frankreichs mit dem Präsidenten der Vereinigten Staaten zusammen sind, so rufen das in der äußeren Zusammenstellung die Erinnerung an den französischen Plan nach, der seit 1918 auf den sogenannten Dreimächtepakt hinarbeitete. Der Sinn eines solchen Vertrages sollte der sein, daß die beiden großen angelsächsischen Mächte zu Garanten für die in Versailles geschaffenen Grenzen, für den europäischen status quo nach den Pariser Vorortverträgen, würden.

So wie es den Franzosen damals vorkam, läßt sich ihr politisches Ziel natürlich heute nicht mehr verwirklichen. Das wissen sie selbst am besten. Aber die Hoffnung ist noch keineswegs aufgegeben, daß man Amerika unter neuen Vorzeichen in die alten Zusammenhänge hineinziehen könnte. Dem Präsidenten Roosevelt liegen heute die wirtschaftlichen Probleme am nächsten. Für Macdonald stehen, entsprechend seiner besonderen politischen Mentalität, die Abrüstungsfragen noch im Vordergrund. Gerade darum läßt sich zwischen Macdonald und Roosevelt leichter eine Brücke schlagen, weil vielleicht jeder der Staatsmänner für ein Entgegenkommen auf der einen Seite zu einem ebensolchen auf dem andern Gebiet die innere Bereitschaft mitbringt. Das erklärt den Optimismus, der aus den Berichten über die erste Unterredung Roosevelts mit Macdonald spricht.

In dieser Lage könnte die Gefahr auftauchen, daß man den französischen Störenfried dadurch zu beruhigen sucht, daß man seine Gefügigkeit im Hinblick auf die Abrüstung durch Konzeptionen auf dem Gebiet der bekannten sicherheitspolitischen Forderungen erkaufte. Macdonald scheint der Auffassung zu sein, daß er ein politisches Abkommen, hinter dem die Autorität der Vereinigten Staaten stünde, bei den kommenden Genfer Abrüstungsverhandlungen diktatorisch durchzusetzen könnte. Zuerst versuchte er sich zu diesem Ziel die Grundlage in einer Verständigung mit Mussolini zu schaffen. Er verließ diesen Boden wieder, als Mussolini den Vorschlag seines Viermächtepakts dem englischen Abrüstungsvorschlag an die Seite stellte und als man dann vom Quai d'Orsay her zur diplomatischen Gegenoffensive gegen diese Verwicklung überging. Es könnte leicht sein, daß die Londoner Diplomatie nun wieder bei Deutschland den Punkt des geringsten Widerstandes zu suchen glaubt. Jedenfalls muß man feststellen, daß heute in den englischen und amerikanischen Berichten ebenso wie in den französischen jeder Hinweis auf Deutschland und seine Sicherheitsforderungen fehlt.

Es ist gewiß kein angenehmes Gefühl, ausschließlich die Vertreter der drei Großmächte, zunächst unter Ausschluß von Deutschland und Italien, im Weißen Hause zu vertraulichem diplomatischen Tele-a-Tele vereint zu wissen. Da könnte schließlich etwas zusammengebrannt werden, was allen andern ungenießbar erscheint. Es genügt nicht, daß Herr Schacht im Sonnenmonat Mai über den Atlantik fährt, um an den vorbereitenden Verhandlungen für die Weltwirtschaftskonferenz teilzunehmen. Gerade weil Herr Roosevelt zunächst in seiner Unmerklichkeit durch die währungsrechtlichen und die wirtschaftlichen Probleme gefesselt ist, könnte er sich inzwischen zu politischen Vereinbarungen bereit schlagen lassen, die sich zwar später als undurchführbar erweisen, aber die europäischen Spannungen zunächst verschärfen würden. Es erscheint darum als eine unbedingte Notwendigkeit, daß die Reichsregierung den neuen Botschafter in Washington, Dr. Luther, möglichst sofort als gleichberechtigten Partner in die Verhandlungen im Weißen Hause einzuführen sucht. Dr. Luther bringt als früherer Reichskanzler die höhere Autorität mit, die ihm das Verhandeln auf gleichem Fuße ermöglicht, und er kommt ebenso wie Herrriot und Macdonald mit den frischen persönlichen Eindrücken und mit den umfassenden und klaren Instruktionen, die der Botschafter als solcher nach längerem Aufenthalt, nach längerem Fernsein von der Heimat, nicht mehr hat. Seine Aufgabe müßte es sein, den amerikanischen Präsidenten davon zu überzeugen, daß nicht in erster Linie Frankreich, sondern in viel höherem Maße Deutschland neue Sicherheitsansprüche zu stellen hat. Roosevelt muß erkennen, daß die Gefahr für den europäischen Frieden nur erhöht wird, wenn er sich den französischen Sicherheitsforderungen annähert, auf die Deutschland niemals eingehen wird. Er muß über den Irrtum aufgeklärt werden, daß in Deutschland der Punkt des geringsten Widerstandes gefunden werden könnte und daß man uns gegenüber eine französisch-englisch-amerikanische Vereinbarung einfach aufzwingen könnte.

### Schaffung einer Deutschen evangel. Kirche

Weitestgehende Vollmachten für Präsident Kasper

Berlin, 25. April. Der Deutsche evangelische Kirchenausschuss trat am Dienstag nachmittag in Berlin zusammen. Ueber das Ergebnis der Beratungen dieses obersten Vertretungsorgans des Deutschen evang. Kirchenbundes wird, wie das Nachrichtenbüro des RdV meldet, folgendes mitgeteilt: Der Deutsche evang. Kirchenausschuss bekannte sich zu der Notwendigkeit einer neuen Verfassung des deutschen Protestantismus mit dem Ziel der Schaffung einer Deutschen evangelischen Kirche auf der Grundlage des vorhandenen Bekenntnisstandes. Er stellte sich hinter die von seinem Präsidenten getroffenen Maßnahmen und billigte insbesondere die Berufung des lutherischen Landesbischofs D. Mahrzars-Dannover und des reformierten Studiendirektors Pastor D. Hesse-Oberfeld zu entscheidenden Mitarbeit, sowie die Ernennung anderer in der kirchlichen Bewegung führender Persönlichkeiten. Der Kirchenausschuss erteilte seinem Präsidenten weitestgehende Vollmacht, für die Gesamtheit des deutschen Protestantismus zu sprechen und zu handeln. Er begrüßte es, daß schon die Ankündigung des Reformwerkes ein großes zustimmendes Echo im Lande gefunden hat, u. a. aus zahlreichen freien Verbänden, namentlich auch der Jugend.

Auf dem Kirchentag des Landkreises Königsberg in Preußen vom 24. April hat nach Zeitungsmeldungen der Geschäftsführer der Deutschen Christen, Kuntze, erklärt, daß Reichskanzler Adolf Hitler bereits vor acht Monaten zur evangelischen Kirche habe überzertren wollen. Kuntze habe dem Kanzler von diesem Schritte abraten müssen, da die Kirche vorerst noch einer gründlichen Reinigung bedürfe. Hierzu wird festgestellt, daß diese Mitteilungen von A bis J erlogen sind.

### Englisch-amerikanische Einigung

Stabiles Verhältnis Dollar-Pfund

Washington, 25. April. Nachdem Roosevelt und Macdonald bereits ein endgültiges Uebereinkommen über die grundlegenden Fragen erzielt haben, trafen bei einem Treffen im Weißen Hause zum ersten Male Roosevelt, Macdonald, Herrriot und der kanadische Vertreter Bennett zu gemeinsamen Besprechungen zusammen. Im Anschluß hieran hatten Roosevelt und Herrriot eine einstündige private Unterhaltung, zu der am letzten Abend auch die französischen Sachverständigen hinzugezogen wurden.

Es verlautet, daß Roosevelt mit Macdonald einen klassischen Abrüstungsvorschlag ausgearbeitet hat, der auch für Frankreich annehmbar ist. Einzelheiten stehen jedoch noch aus. Bemerkenswert ist, daß bei den englisch-amerikanischen Vereinbarungen die Abrüstungs- und die Kriegsschuldenfrage noch offengelassen wurden.

Das zwischen Roosevelt und Macdonald abgeschlossene Abkommen enthält die folgenden Punkte:

1. Der amerikanische Dollar und das englische Pfund sollen auf natürlicher Grundlage etwa im gegenwärtigen Verhältnis stabilisiert werden.
2. Die beiden Regierungen verpflichten sich, keine Manipulationen vorzunehmen, um durch künstliche Entwertung eine Währung gegen die andere auszuspielen.
3. Es wird als wünschenswert betrachtet, die Weltmarktpreise durch Abschaffung der Zollmauern und mit Hilfe einer kontrollierten Weltinflation zu erhöhen.

### Die Fragen der Heranziehung des Silbers als Währungsmittel, der Handelsverträge und der Kriegsschulden sollen späteren Verhandlungen vorbehalten bleiben.

Wie verlautet, hat Roosevelt einer beschränkten Garantie für alle Depositen, die bei den Nationalbanken und den Banken des Federal Reserve-Systems eingezahlt wurden, zugestimmt. Aus dem Verbleiben von Leith Roth und Overton nach der Abreise von Macdonald schließt man auf längere Verhandlungen über Einzelheiten infolge der französischen Haltung. Es verlautet, daß die englisch-amerikanischen Sachverständigen als Grundlage für einen internationalen Stabilisierungsplan, die Schaffung einer Weltkreditanstalt beabsichtigen. Diese soll von kapitalstarken Nationen finanziert werden und kapitalarmen Ländern Kredite zur Währungsstützung, Industriekapitalisierung und Kaufkraftwiederherstellung gewähren.

### Vor einer Einigung in der Kriegsschulden- und Abrüstungsfrage

Washington, 25. April. (Reuter.) Im Brennpunkt der Besprechungen standen heute abend die Frage der Kriegsschulden und der Abrüstung. Wie verlautet, sollen Roosevelt, Macdonald und Herrriot auf dem besten Wege zu einer Verständigung über diese Fragen sein. Ueber die Einzelheiten wird strenges Stillschweigen gewahrt.

### Die Schweiz geht nicht von der Goldwährung ab

Bern, 25. April. Der Schweizer Bundesrat hat sich in seiner heutigen Sitzung mit der Aufgabe der Goldwährung durch die Vereinigten Staaten befaßt. Die Beratungen haben ergeben, daß die amerikanischen Ereignisse die Währung der Schweiz in keiner Weise berühren und daß die Schweiz bei der Goldwährung bleiben werde.

### 69 000 Arbeitslose weniger

Berlin, 25. April. Die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen ist in der ersten Aprilhälfte weiter gesunken. Sie verminderte sich um rund 69 000 auf rund 5 530 000.

Vom Höchststand der winterlichen Arbeitslosigkeit ist bis Mitte April eine Entlastung von rund 518 000 oder um 8,6 v. H. eingetreten gegenüber einer vorjährigen Entlastung von nur 195 000 oder 3,2 v. H. Die Stärke des bisherigen arbeitsmarktlichen Auftriebs geht auch daraus hervor, daß nach den Ergebnissen der Krankenkassenmitgliederstatistik für den gleichen Zeitraum die Zahl der Beschäftigten um über 600 000 zugenommen hat.

Stärker als die Zahl der Arbeitslosen überhaupt ging die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge zurück. Am 15. April waren noch rund 2 017 000 Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge vorhanden, davon entfielen 580 000 auf die Arbeitslosenversicherung und rund 1 437 000 auf die Krisenfürsorge. Zahlen über den Bestand an Wohlfahrtsberwerblosen liegen für die Monatsmitte nicht vor.

Die aus Mitteln der Reichskasse geförderten Notstandsarbeiten sind in verstärktem Ausmaße in Angriff genommen worden. Die Zahl der hierbei beschäftigten Notstandsarbeiter betrug Ende März 88 000, eine weitere Zunahme ist inzwischen eingetreten.

### Das Erscheinen der Zeitungen am 1. Mai

Von maßgebender Seite wird mitgeteilt, daß am 1. Mai, dem Tage der nationalen Arbeit, lediglich die Zeitungen erscheinen dürfen, die die üblichen Montagmorgenausgaben herausbringen. Andere Zeitungen, die erst im Lauf des Vormittags um 10 und 11 Uhr ausgedruckt werden, sollen nicht unter die Bestimmung als Morgenausgabe fallen. Auch ist es nicht zulässig, daß ausnahmsweise Morgenausgaben herausgebracht werden. Ueber das Erscheinen der Zeitungen am Dienstag morgen sind keine besonderen Bestimmungen getroffen worden. Grundsätzlich bleibt die Entscheidung darüber jedem Verlage selbst überlassen.

Die für den Tag der nationalen Arbeit vorgesehene Aufgabe der Regierung werden am Samstag vorher so rechtzeitig erscheinen, daß sie bereits in den Sonntagsausgaben der Zeitungen veröffentlicht werden können.



## Reichsminister Dr. Gobbels vor der rheinisch-westfälischen Presse

Köln, 24. April. (Conti-Meld.) Reichsminister Dr. Gobbels sprach im Gürzenich vor Vertretern der rheinisch-westfälischen Presse. Der Minister führte u. a. aus, er sei der Meinung, daß eine Presse, die ohne verbindenden Kontakt mit dem Volke dahinkommt, ihre Daseinsberechtigung verloren habe. Er halte es nicht für gesund, daß die Berliner Presse ein Primat in der deutschen Presse inne habe.

In dem Konzert der Presse, das man durchaus nicht uniformieren wolle, müsse nach einem Plan gebildet werden, nicht jeder dürfe blafen, was er wolle. Eine Presse ohne Tendenz gebe es nicht. Es sei zwar zu verstehen, daß eine Presse sich dagegen verwahre, der Tendenz einer Partei untergeordnet zu werden; aber was die Reichsregierung wolle, sei nicht die Angelegenheit einer Partei, sondern Sache des ganzen Volkes.

Wir wollen nicht, so fuhr Dr. Gobbels fort, vom grünen Tisch aus das Volk reformieren; unsere Gesetze sind in einer Millionenbewegung vorbereitet worden und diese Gefährlichkeit braucht nur übertragen zu werden auf den Staat. Das Volk wächst dann in den Staat hinein. Jeder muß heute zugeben: Die neue Regierung tut etwas, sie schreut vor nichts zurück. Zur Judenfrage betonte der Minister, nach der Machübernahme habe man dem Judentum gegenüber eine Milde walten lassen, die es gar nicht verdient habe. Es sei jetzt allgemein offenbar geworden, daß die Juden Verbindungen über die ganze Welt hätten und in der Lage seien, die Grenzpropaganda einzuführen.

Dr. Gobbels wandte sich dann Fragen der Wirtschaft zu und erklärte: Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Politik, nicht aber die Wirtschaft das Schicksal des Volkes ist. Wir räumen deshalb der Politik das Primat ein. Mit der Anhebung der Produktion allein sei es aber nicht getan, die Wirtschaft müsse vielmehr auch in sich reformiert werden. Kapital dürfe nicht mit Kapitalismus gleichgesetzt werden. Der Kapitalismus sei Mißbrauch des Kapitals.

Am Schluß berührte Dr. Gobbels Fragen der Außenpolitik. Die deutsche Reichsregierung will keinen Krieg, sondern den Frieden, um sich der nationalen Aufbauarbeit zu widmen. Wir sind nicht von Gedanken erfüllt, die Europa in neue politische Verwicklungen hineinstürzen können. Aber wir wollen die Sicherheit unseres Volkes, wir wollen seine Größe und sein tägliches Brot. Wir, die junge Generation, vernachlässigen uns leidenschaftlich dagegen, daß wir den Krieg verschuldet haben. Wir haben den Krieg nicht gewollt. Die Welt wird eingeladen, bei uns festzustellen wie unerträglich die Friedensverträge geworden sind und daß nicht nur Deutschland unter diesen Friedensverträgen zerdrückt wird, sondern die ganze Welt. Wir grüßen den großen Führer der italienischen Nation, der diesem Gedanken Ausdruck gegeben hat in einer Zeit, als dies noch unpopulär war. Wir sind überzeugt, die Geschichte wird von uns bezeugen müssen, daß wir Männer waren, die dafür sorgten, daß das Abendland nicht der Anarchie verfiel. Darüber sollten die westlichen Nationen nicht im Zweifel sein. Man glaubt auch wohl in Paris nicht, daß der Bolschewismus wenn er Deutschland erfaßt hätte, in Sachen Dali gemacht haben würde. Die nationale Revolution in Deutschland hat einen Schwingel für Europa aufgeworfen.

## Widerlegung einer tollen Greuelhefte

W.B. Berlin, 25. April. Das „Brager Tagblatt“ verbreitet heute eine Greuelmeldung und behauptet, der Berliner Großrabbiner Jonas Fränkel sei heute in Prag eingetroffen und berichte über schreckliche Greuel an Juden in Deutschland. So behauptet er u. a., er sei von SA-Leuten überfallen und um 2000 Mark bestohlen worden. Die SA-Leute hätten ihn und seine Tochter mit Revolvern bedroht, ihn niedergeschlagen und schwer verletzt. Er habe in Betten gehüllt in ein anderes Stadtviertel geschmuggelt werden müssen, und er habe sich dann so nach Prag durchgeschlagen. Er leide noch sehr an Gleichgewichtsstörungen und an einer Gehirnerschütterung. Er habe die Absicht, nach Palästina weiterzureisen und nehme überall die Hilfe der jüdischen Hilfskomitees in Anspruch.

Wie dazu von zuständiger jüdischer Stelle in Berlin festgestellt wird, gibt es in Berlin überhaupt keinen Großrabbiner. Ein Rabbiner oder anderer jüdischer Geistlicher namens Fränkel oder ähnlichen Namens ist nirgends vorhanden. Es handelt sich also wieder einmal um eine der üblichen Greuelmeldungen aus Prag, deren Quelle im allgemeinen deutsche marxistische Kreise sind.

## Eine Erklärung der deutschnationalen Parteileitung zu den braunschweiger Vorgängen

Berlin, 25. April. (Conti-Meld.) Zu den Vorgängen in Braunschweig erklärt die Parteileitung der DNVP: Schon vor einigen Tagen wurde seitens der Partei der Führer des Landesverbandes Hannover-Süd, Oberleutnant a. D. v. Feldmann, als kommissarischer Führer des Landesverbandes Braunschweig eingesetzt, weil der bisherige Vorsitzende des Landesverbandes, Studentrat Baumann, nicht mehr die Gewähr für eine energische und zielbewußte Führung des Landesverbandes bot. Aufgrund des noch ausstehenden Berichtes des kommissarischen Landesführers werden die notwendigen Maßnahmen getroffen werden.

## Keine neuen Kommissare für Betriebe

Berlin, 25. April. (Conti-Meld.) Der Leiter des Verbindungstabes der NSDAP, Reimer, hat folgende Verfügung erlassen: Mit Wirkung vom 25. 4. 1933 ist sämtlichen Parteimitgliedern unterlagt, Kommissare in irgendwelchen Betrieben einzusetzen. Sollte ihnen die Einsetzung eines Kommissars in einem Unternehmen als unbedingt notwendig erscheinen, so ist die Genehmigung des Verbindungstabes der NSDAP in Berlin einzuholen. Sachbearbeiter im Verbindungstab ist Herr Dr. Otto Wegener. Dem Gesuch um Einsetzung eines Kommissars muß eine genaue Ausführung der Notwendigkeit sowie die Geeignetheit des beabsichtigten Kommissars zugrunde liegen. Erst nach erteilter Genehmigung des Verbindungstabes darf dann der Kommissar eingesetzt werden.

## Neue Wege des Zentrums?

Die leitenden Parteioptionen des Zentrums haben sich entschlossen, eine Erneuerung des Parteiapparates der Deutschen Zentrumspartei herbeizuführen. Wie die „Wandbühler“ aus Zentrumskreisen hört, ist es den jüngeren vorwärtstrebenden Kräften im Zentrum nicht leicht geworden, die führenden Persönlichkeiten zu dieser Aufgabe zu veranlassen. Es steht aber zweifellos fest, daß im Zentrum eine Bewegung im Gange ist, die sich von den alten Zentrumsführern bewußt abwendet, die entschieden gegen den Marxismus eingestellt ist, und die bereit ist, ein neues Zentrum zu schaffen, das sich bedingungslos hinter die nationale Regierung stellt. Schon in den nächsten Wochen werden Befreiungen stattfinden, die einen gründlichen organisatorischen Umbau der Zentrumspartei zum Ziele haben. Es ist damit zu rechnen, daß eine völlige Erneuerung des Führerapparates der Zentrumspartei erfolgen wird.

Angora, 25. April. Ein hartes Beben zerstörte den Ort Nani zum Teil, die Ortschaft Cuma völlig und den Ort wurden weitere schwere Zerstörungen durch das Erdbeben angerichtet. Siebzehn Personen wurden verletzt.

## Aus Stadt und Land

Neuenbürg, 26. April. Bis zum Ablauf der vorgeschriebenen Frist zur Einreichung von Wahlvorschlägen zur Neubildung des Gemeinderats sind beim Bürgermeisteramt nur zwei Wahlvorschläge eingegangen und zwar von der NSDAP und ein gemeinsamer Wahlvorschlag der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot mit Christl. Volksdienst und Zentrum. Ein Vorschlag der SPD ist nicht eingegangen. Es entfallen demnach auf den ersten Wahlvorschlag acht Sitze und auf den letzteren zwei Sitze. Der Wahlvorstand tritt zur Neubildung des Gemeinderats heute vormittag zusammen.

Neuenbürg, 25. April. Am Samstag den 22. April 1933 fand im Rathsaal in Neuenbürg eine Sitzung des Ausschusses der Allg. Ortskrankenkasse Neuenbürg statt, zu welcher vom Ausschuss 15 und vom Vorstand 7 Vertreter erschienen waren. Ferner war ein Vertreter der Aufsichtsbehörde (Versicherungsamt) anwesend. Den Vorsitz führte Christl. Froh, Galambach; Berichterstatter ist Geschäftsführer D o b e r n e t. In seinen einleitenden Worten führte der Berichterstatter aus, daß die nationale Regierung eine Neuordnung der Krankenversicherung vorbereitet und daß der für die würt. Krankenkassen bestellte Kommissar von den verantwortlichen Organen und den Kassangehörten volle Unterstützung seiner Arbeit und gewissenhafte Befolgung seiner Anordnungen verlange. Die Neuordnung der Krankenversicherung im nationalen Sinne werde von all denjenigen freudig begrüßt werden, denen ein gedeihliches Wirken zum Wohle der Versicherten am Herzen liege. Die Krankenversicherung müsse wieder auf ihren ursprünglichen Sinn und Zweck zurückgeführt werden und dürfe nicht mehr länger ein Objekt des Eigeninteresses und des Selbstzwecks sein. Dies gelte nicht nur für die Versicherten, sondern auch für die andere Kreise, die mit der Krankenversicherung durch wirtschaftliche Beziehungen verbunden sind. Von den Arbeitgebern, die mit der Beitragsentrichtung faunig sind, muß erwartet werden, daß sie ihren Verpflichtungen nunmehr pünktlich nachkommen, weil sie nur dann wahrhaft national handeln. Die Krankenversicherung werde, mag sie auch in ihrem Aufbau umgekehrt werden, eine nationale Einrichtung für die gesamte Arbeiterschaft sein und bleiben.

## Punkt 1 der Tagesordnung: Aufstellung des Voranschlags für 1933

Dieser ist auf Grund der Rechnungsergebnisse von 1932 sorgfältig aufgestellt und sieht Einsparungsmaßnahmen vor, wo dies nur irgend wie angeht.

Es betragen die Einnahmen	RM. 503 100.—
die Ausgaben	RM. 518 400.—

so daß sich ein Abmangel von RM. 15 300.— ergibt.

Dieser kann aus Restmitteln gedeckt werden. Angesichts der gegenüber andern Bezirken bedeutend schlechteren Wirtschaftslage im Kassenbezirk Neuenbürg, wodurch das Beitragsaufkommen außerordentlich geschwächt ist, kann eine weitere Beitragsentlastung vorläufig nicht vorgenommen und verantwortet werden, weil sonst die Gefahr besteht, daß die Kasse ihren Verpflichtungen gegenüber den Versicherten usw. nicht mehr nachkommen kann. Die Inanspruchnahme der Kasseneinnahmen ist infolge der schlechten Wirtschaftsverhältnisse, in welcher sich die meisten Kassemitglieder mit ihren Familien befinden, außerordentlich hart. An die Versicherten muß die Mahnung gerichtet werden, Maß zu halten, weil die beste Verwaltung und der tüchtigste Vertrauenswart nicht erreichen kann, was die Mitglieder vermögen, wenn sie ihre Kasse nur in berechtigten Fällen in Anspruch nehmen. Auffallend ist die hohe Ausgabe für Wochenhilfe; hierfür hat die Kasse RM. 42 000.— jährlich aufzubringen. Die Verwaltungskosten sind durch Abbau-Maßnahmen und Einsparungen wesentlich gesenkt worden. Sie sind im Jahre 1931 um RM. 14 000.— geringer als wie im Jahre 1930 und sind im Jahre 1932 um weitere RM. 16 000.— gegenüber dem Jahre 1931 gefallen. Im Jahre 1933 wird ein weiterer Rückgang erfolgen. Weitere Einsparungen könnten durch Aufhebung sämtlicher Nebstellen erfolgen, womit aber den Versicherten und den Arbeitgebern nicht gebüht sein dürfte. Die Verwaltungskosten werden nicht zuletzt bestimmt durch die Verwaltungsarbeit, welche die Kasse auch für andere Versicherungssträger (Arbeitslosenversicherung, Arbeitslosenhilfe) zu verrichten hat. Ferner haben die Geschäfte der Verwaltung der Beiträge nachgerade einen Umfang angenommen, der es der Verwaltung unmöglich macht, noch weiter, als dies bisher geschehen ist, abzubauen. Bei dieser Gelegenheit muß auch einmal über die unzulässigen Gerüchte über die Höhe der Gehaltsbezüge der Kassangehörten, des Vorstandsvorsitzenden und der Vorstandsmitglieder gesprochen werden. Dieses Gerüchte grenzt nachgerade an böswillige Verleumdung und läßt sich nur durch die Wahrheit, welche die Gerüchte verbreiten und glauben haben nicht die geringste Chance von einer Befolgungsordnung und der Aufsichtspflicht der Aufsichtsbehörde. Es kann nicht eindringlich genug gesagt werden, daß sich die Gehaltsbezüge der Kassangehörten durch nichts von demjenigen der staatlichen und gemeindlichen Beamten unterscheiden. (Der in der heutigen Sitzung anwesende Vertreter der Aufsichtsbehörde bestätigte in seinen weiteren Ausführungen, daß die Dienstbezüge der Angestellten durchaus in Ordnung sind.) Der Ausschuss verabschiedet den Voranschlag, wie er von Vorstand und Verwaltung aufgestellt wurde.

## Punkt 2: Abnahme der Jahresrechnung von 1931 und 1932

Die vorliegenden Geschäftsberichte werden vom Berichterstatter erläutert. Die Mitgliederzahl ist zurückgegangen. Die Beitragsentnahmen sind ganz außerordentlich gesunken, ebenso haben sich die Ausgaben ermäßigt. Das Jahr 1931 schließt mit einer Vermögensabnahme von RM. 786,15, dasjenige von 1932 mit einer solchen von RM. 1 180,65 ab. Das Vermögen der Kasse beträgt auf 31. 12. 1932 RM. 305 817,76; die Rücklage RM. 128 860,36. Das gemeinsam mit den Ortskrankenkassen Calw und Nagold betriebene Erholungsheim Korbmatteisenhof bedurfte keiner Zuschüsse durch die Kassen, sondern hat Betriebserlöse abgeworfen, welche zur Schuldentilgung verwendet wurden. Schulden sind keine mehr vorhanden. Der Rechnungs-Ausschuss empfiehlt nach Prüfung dem Ausschuss, die Jahresrechnung abzunehmen, was auch vorbehaltlich der noch zu erfolgenden Prüfung durch die gesetzliche Prüfungseinrichtung geschieht.

## Punkt 3: Aufstellung einer neuen Kassensatzung

Der Kassenvorstand hat schon im Sommer 1932 die vom Oberversicherungsamt herausgegebene, einheitlich zusammengefaßte Kassensatzung angenommen, die auch vom Oberversicherungsamt genehmigt wurde. Der Druck von Auszügen aus der Satzung wird aber vorläufig zurückgestellt, da doch mit Änderungen der Gesetzgebung in der nächsten Zeit zu rechnen ist. Der Ausschuss gibt die geforderte Zustimmung zu der neuen Aufstellung der Satzung.

## Punkt 4: Änderung der Dienstordnung für Kassangehörte

Die Ausdehnung der Dienstbezüge und die Festlegung des Befoldungsstandes der Kassangehörten mußte auf Grund oberversicherungsamtlicher Anordnung denjenigen der Staatsbeamten angepaßt werden, wodurch sich Änderungen der Dienstordnung ergaben. Ferner wurde die Stelle des am 14. Oktober 1932 gestorbenen Oberschreibers Dojer infolge Einsparungs-Maßnahmen nicht wieder besetzt, weshalb sie in der Dienstordnung zu streichen ist. Infolge der dadurch notwendig gewordenen neuen Geschäftsverteilung wurde eine Verchiebung bei den ständigen Angestellten notwendig, die ebenfalls in der

Dienstordnung zu verantern ist. Der Ausschuss gibt zu dem diesbezüglichen Vorstandsbeschlusse seine Zustimmung.

Aus der Mitte des Ausschusses wird dem Gesamtvorstand und der Verwaltung der Dank dafür ausgesprochen, daß es bis jetzt gelungen ist, die Kasse leistungsfähig zu erhalten. Der Vorsitzende schließt die Versammlung mit guten Wünschen für die weitere gedeihliche Entwicklung der Kasse zu Nutzen und Frommen der Versicherten.

(Wetterbericht.) Hochdruck erstreckt sich von Italien bis nach Skandinavien. Die westliche Depression dürfte wenig Einfluß gewinnen, sodas für Donnerstag und Freitag zwar teilweise bedecktes, aber vorwiegend trockenes Wetter zu erwarten ist.

Birkenfeld, 25. April. Die Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Gold- und Silberarbeiter und verw. Berufsgenossen Deutschlands, Erf.-Kasse Schö. Gmünd, hielt am Samstag, den 22. April im Gast. z. „Köffe“ eine Mitgliederversammlung ab, um eine Umstellung der Verwaltung durchzuführen gemäß dem § 33 Ziff. 2 der Satzung. Auf Grund der außerordentlichen Generalversammlung vom 10. Februar 1933 in Stuttgart, so führte der Vorstand H. F i z, aus, stehen unserer Verwaltungsgestaltung nur noch drei Verwaltungsmittelglieder zu und sind somit zwei Revisoren freiwillig ausgeschieden. Die Wahl des Schriftführers und gleichzeitigen Revisors wurde einstimmig für den seitherigen Schriftführer getätigt. Der Vorbericht entsprechend sollten auch drei Ersatzmitglieder gewählt werden, jedoch wurde jeder Vorschlag persönlich abgelehnt. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung wurde wesentliche Aufklärung betr. Arbeitsveränderung seitens des Vorstandes gegeben und ist es notwendig, daß jedes Mitglied seine Mitgliedschaft durch Befolgung der Neuordnung einer Arbeitsstätte vorweist. Der Kassier gab volle Aufklärung über die Kasse und das Arbeitsamt hinsichtlich der arbeitslosen Mitglieder. In der Diskussion wurde wiederum die Krankenkontrolle sowie die vertrauensärztliche Untersuchung kritisiert. Vom Vorstand wurde in allen Teilen volle Aufklärung gegeben und er konnte die Versammlung um 11 Uhr schließen. St. G.

Pfingweiler, 25. April. (Familienabend.) Legten Sonntag lud der Gesangsverein „Eintracht“ seine Mitglieder zu einem Familienabend ein, und man muß sagen, daß dieses Fest außer den Mitgliedern auch zahlreiche Freunde u. Gönner gefolgt waren. Als der Vorstand Karl M i n g Punkt 9 Uhr den Abend eröffnete, waren die Lokalitäten zur „Sonne“ fest bis auf den letzten Platz besetzt. In seiner Eröffnungsrede begrüßte Vorstand Ming insbesondere die Gäste aus Arnbach (Waldendorfer), welche in so schätzbare Weise zum Gelingen des Programms beigetragen haben. Von der Stillefolge sei gesagt, daß diese einen musikalischen Genus bot, der kaum noch Wünsche offen ließ, auch wickelte sich das Programm glatt und reibungslos in etwas mehr als drei Stunden ab. Es wurden abwechslungsreich vorgetragen: Männer- sowie Waldendorfer, Sopran- und Baritonlieder, Couplets, ferner ein schwäbischer Schwan „Alles wegara Geiß“. Von den Männerdörfern seien erwähnt: Frühlingseinzug, Aus weiten Fernen. Die alten Straßen noch, Einkehr, Ihr Berge lebt wohl, Mäde und Waldedraußen. Das schönste Lied, die sämtlich trefflich und schwungvoll wiedergegeben wurden, ein Reigen von viel Fleiß und Dingen seitens des Dirigenten E. H ö l l und der Sänger. Der Waldendorfer Arnbach brachte folgende Lieder zum Vortrag: Der Frühling naht, O lauter lüher Sonn, Das Mädchen am Her, Sei gegrüßt deutscher Rhein, Schon schwand die Sonne, Abendglöckchen, weiter drei gemischte Chöre, die unter der straffen Stabführung des Dirigenten H ö l l rein vorgetragen wurden, besonders sind die Sopranstimmen zu erwähnen, welche ausgezeichnet besetzt erschienen. Dann folgten Sopranlied und zwar: O Jugend wie bist du so schön, Mädchen Wunsch, 3 trockne Dred, gesungen von Frau Hedwig M i n g, als Sängerin dem Großteil der Hörer unbekannt, konnte sie schon beim ersten Solo viel Beifall entgegennehmen, der sich immer mehr steigerte, sodas sie sich beim letzten Lied durch ihre schöne reine Stimme die Herzen der Zuhörer rechtseroberte. Hernach folgten Baritonlieder: Die Uhr, Am Meer, An der Beker, welche Dirigent E. H ö l l mit seiner bekannt guten Stimme tadellos zu Gehör brachte. Couplets, aufgeführt von Bild. und Otto Kapp; Mensch freue dich, wenn du noch ledig bist, Mensch komm doch nicht auf die Welt, Tom der Reimer, verliebten durch die Komik der beiden ihre Wirkung nicht. Das Ganze wurde am Hügel durch Lehrer D ü r r und Fritschbach trefflich begleitet. Ergänzt wurde das Gesamte durch das oben aufgeführte Musikpiel, welches von allen Mitspielern glänzend dargestellt wurde. Alles in allem ein Abend, von dem die Zuhörer ohne Ausnahme begeistert waren. Wir dürfen ruhig behaupten, daß das deutsche Lied hier eine Blüthenzeit gefunden hat, die an beachtenswerter Seite steht: Dem Verein sowie seinem verdientvollen Dirigenten sei die Gewißheit, daß er durch diesen glänzenden Abend bei ferneren Veranstaltungen noch mehr Freunde und Gönner in seiner Mitte begrühen darf. R. R.

## Für pünktliche Steuerzahlung

Der Reichsfinanzminister hat die Finanzämter angewiesen, in nächster Zeit den Mahnungs- und Beitreibungsarbeiten besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Diese Maßnahme ist darauf zurückzuführen, daß seit der Aufhebung der Steuerertragszuschläge die Einnahmen an Steuern sehr erheblich zurückgegangen sind. Es sind große Steuerrückstände entstanden. Der Reichsfinanzminister führt diese Erscheinung darauf zurück, daß nach dem Wegfall des Drucks der Steuerertragszuschläge in weiten Kreisen die Meinung verbreitet ist, daß Steuerzahlungen weniger dringlich geworden seien und daß sie hinter den anderen Zahlungsverpflichtungen zurückgestellt werden könnten. Das Finanzministerium hat auch festgestellt, daß einzelne Steuerpflichtige aus politischer Einstellung heraus bestrebt sind, mit Steuerzahlungen zurückzubehalten. Die Anweisung sieht vor, daß die sofortige Einziehung der Steuern nur dort unterbleiben soll, wo eine wirtschaftliche Notlage besteht.

## Württemberg

Unterföhringen, O.A. Freudenstadt. (Ein netter Schwiegerohn.) Am Samstag vormittag hat ein Unterföhringer Einwohner in animierter Stimmung seinen Schwiegervater zu erwürgen versucht. Er wurde ins Amtsgerichtsgefängnis nach Freudenstadt eingeliefert.

Stuttgart. (Gesetz über die vorläufige Vertretung der Amtkörperschaften.) Das Staatsministerium hat ein Gesetz über die vorläufige Vertretung der Amtkörperschaften beschlossen, das demnächst im Regierungsblatt veröffentlicht werden wird. Durch Art. 1 werden die Amtversammlungen und Bezirksräte aufgelöst. Art. 2 bestimmt, daß bis zur Neubildung der aufgelösten Amtversammlungen und Bezirksräte der Oberamtsvorstand die Amtkörperschaft vertritt und ihre Angelegenheiten verwaltet. Nach Art. 3 geht die Zuständigkeit des Bezirksrates in den Angelegenheiten der staatlichen Verwaltung auf den Oberamtsvorstand über, soweit jedoch der Bezirksrat in dem Verfahren nach §§ 20 und 21 der Gewerbeordnung auf Grund mündlicher Verhandlung zu entscheiden hat, tritt an seine Stelle ein Bezirksauschuss, der aus dem Oberamtsvorstand und zwei Mitgliedern besteht, die der Oberamtsvorstand beruft.

Stuttgart. (Arbeitsgemeinschaft Bärr. Zweckparassen.) Die Verhältnisse im Zweckparassenwesen und das Ausbleiben der seit Monaten in Aussicht gestellten reichsgesellschaftlichen Regelung für die Zweckparassen haben nun zur Bildung einer



Arbeitsgemeinschaft der Württ. Juedspartossen geführt. Nach längerem Verhandlungen hat sich ein großer Teil der in Frage kommenden Kassen für die Gründung entschieden. Durch diesen engeren Zusammenfluß bezieht man nach außen hin eine wirksame Ständevertretung zu schaffen. Neben der Förderung des Juedspartosens soll eine enge Fühlungnahme mit der württembergischen Regierung erstrebt werden, um diese bei der Befestigung unantworfener Elemente zu unterstützen. Eine sechsgliedrige Kommission ist beauftragt worden, bei der württ. Regierung die Wünsche und Beschwerden der Juedspartossen vorzubringen, insbesondere aber diese zu veranlassen, daß sie in Berlin bei der Reichsregierung auf eine baldmöglichste reichs-gesetzliche Regelung des gesamten Juedspartosens dringt. Zum Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft wurde Rechtsanwalt Dr. Reich-Stuttgart und zu seinem Stellvertreter Regierungsrat a. D. Eitel-Stuttgart gewählt.

**Stuttgart.** (Vom Württ. Kriegerbund.) Die Kriegererholungsheim des Württ. Kriegerbundes in Herrenald, Bad Niedernau und Baiersbrunn mit zusammen 130 Betten werden am 17. Mai wieder eröffnet. Besonders bedürftige Schwerverwundete erhalten kostenlose Unterkunft und Verpflegung auf 14 Tage. Die übrigen Kriegsteilnehmer haben einen ihren Vermögens- und Einkommensverhältnissen entsprechenden Beitrag zu den Verpflegungskosten zu zahlen. Gesuche sind durch Vermittlung der Vereinsvorstände an die Geschäftsstelle des Württ. Kriegerbundes in Stuttgart-Lüb, Urbanstr. 121, zu richten.

**Stuttgart.** (Ländertoren der Justizminister in Stuttgart.) Am Samstag fand in München eine Besprechung der Landesjustizverwaltungen statt. Seitens des Württ. Justizministeriums nahmen daran, wie der „NS-Kurier“ berichtet, Justizminister Bergenthaler, Landgerichtsdirektor Trudenmüller, Amtsrichter Euborst und Rechnungsrat Schumm teil. Die Tagung befaßte sich vor allem mit brennenden Fragen des Berufsbeamtenwesens, der Anwaltschaft und der kommenden Gesetzgebung. Es hat sich dabei das Bedürfnis herausgestellt, solche Besprechungen in regelmäßigen Abständen zu veranstalten. Die nächste beratende Zusammenkunft wird Ende Mai in Stuttgart stattfinden.

**Stuttgart.** (Herbstmanöver der Reichswehr.) Der Oberbefehlshaber der Gruppe 2 Kassel, General der Infanterie Freiherr Seutter von Köthen, befindet sich mit den Offizieren seines Stabes zur Erkundung des Manövergeländes in Röhlingen. Die Manöver finden vom 13. bis 15. September im Gelände südlich Röhlingen zwischen der 5. Division (Stuttgart) und 7. Division (München) statt. Die Manöverleitung wird in Röhlingen ihren Standort nehmen. Seit einigen Tagen ist hier eine größere Zahl von Reichswehroffizieren im Quartier, die ebenfalls im Ried topographischen Studien obliegen.

**Heilbronn.** (Der Kraftfahrer-Unfälle.) Am Samstag und Sonntag ereigneten sich vier Kraftfahrerunfälle, davon zwei schwerere Art. Auf der Staatsstraße Heilbronn-Redarsulm fuhr ein Kraftfahrer in den Straßengraben. Er wurde mit erheblichen Verletzungen in das städtische Krankenhaus verbracht. Zwischen Redarsulm und Kochendorf stießen zwei Kraftfahrer mit so ungeheurer Wucht zusammen, daß jedem ein Bein abgerissen wurde.

**Stuttgart.** (Kath. Gottesdienst am 1. Mai.) Durch Gesetz der Reichsregierung vom 10. April ist der 1. Mai zum bürgerlichen Feiertag, dem „Feiertag der nationalen Arbeit“ bestimmt worden. Im Hinblick auf die große Bedeutung, die der Arbeit vor allem im Lichte der christlichen Religion zukommt und die von Seiten der höchsten kirchlichen Autorität wiederholt in feierlichen Kundgebungen zum Ausdruck gebracht wurde, hat Bischof Dr. Syrohl angeordnet, daß am 1. Mai außer den bürgerlichen Veranstaltungen auch eine gottesdienstliche Feier mit Amt oder Singmesse abgehalten werde.

**Südingen, O. A. Münstingen.** (Bürgermeister Dörr erneut in Haft.) Bürgermeister Dörr, der kürzlich aus der Schutzhaft entlassen und seines Amtes vorläufig enthoben worden war, ist mit Stadtplatz Schuldes erneut auf Grund eines Haftbefehls ins Amtsgerichtsgefängnis Münstingen eingeliefert worden. Schuldes wurde am gleichen Tag wieder auf freien Fuß gesetzt. Bei Dörr handelt es sich dem Vernehmen nach um Verleumdungen im Amt, die sich bei einer Visitation durch den Oberamtsvorstand herausgestellt haben.

**Gmünd.** (Lebensmüde. — Tragisches Gescheh.) Ein hieriger verheirateter Kaufmann durchschnitt sich in der Nacht auf Samstag die Pulsader des linken Arms. Er erlitt einen so starken Blutverlust, daß an eine Rettung nicht mehr zu denken war. Samstag vormittag verstarb er im hiesigen Spital. Ein geisteskranker Wanderbursche wurde gestern ins Krankenhaus eingeliefert. Er war wegen Jähwuterei verhaftet worden. Aus seinen wirren Reden bei der Vernehmung ergab sich jedoch, daß man es mit einem Geisteskranken zu tun hat, einem Angehörigen der gebildeten Stände, den die Not der Zeit auf die Straße geworfen hatte.

**Tettlingen.** (Der Bürgermeister muß seine eigene Frau rügen.) Der Sonderkommissar beim Oberamt Tettlingen teilt mit: Aus Reusfisch wird gemeldet, daß die Frau des dortigen Bürgermeisters Schweinberger sich in verächtlicher Weise über die SA-Schutzpolizei ausgelassen hat. Bürgermeister Schweinberger wurde ersucht, dies zu rügen.

### Altersgrenze auch für Gemeindebeamte

**Auflösung der Amtvereinigungen und Bezirksräte**

**Stuttgart, 21. April.** Zur Zeit ist, wie die „Südd. Jtg.“ hört, ein Gesetz in Vorbereitung, das auch für die Gemeindebeamten und Ortsvorsteher die Festsetzung einer Altersgrenze vorsieht. Ein solches Gesetz besteht bis heute überhaupt nicht. Nun ist ja kürzlich beim Staat die Pensionsgrenze von 67 auf 65 Jahre herabgesetzt worden. Man wird wohl nicht fehlgehen, wenn man annimmt, daß künftig auch für die Gemeindebeamten und Ortsvorsteher ähnliche Bestimmungen gelten, wie sie für die Staatsbeamten erlassen wurden. Schweregeleiten bereitet dieses Problem jedoch insofern, als die Pensionskasse für Körperverletzungsbeamte heute bereits finanziell sehr stark in Anspruch genommen ist. — Durch ein besonderes Gesetz, das in den nächsten Tagen veröffentlicht wird, werden die Amtvereinigungen und Bezirksräte aufgelöst. Diese Maßnahme ist nach der Neubildung der kommunalpolitischen Vertretungsorgane notwendig. Die verantwortliche Verwaltungsarbeit wird vorübergehend ausschließlich auf die Landräte übergeben. Was an finanziellen Angelegenheiten vom Bezirksrat wahrgenommen werden soll, muß künftig von einem Ausschuß wahrgenommen werden, der vom Landrat neu zu bestellen ist.

### Umbau der Gemeindeordnung

**Stuttgart, 25. April.** Die Beratungen für den Umbau der Gemeindeordnung sind, wie die „Südd. Jtg.“ berichtet, soweit vorgeschritten, daß sie in etwa zehn Tagen von der Staatsregierung verabschiedet werden kann. Das Kernstück bildet zunächst die Befähigung der Ortsvorsteher. Wahrscheinlich wird der Reihe nach jeder einzelne Fall geprüft, so daß also eine generelle Befähigung wohl kaum in Frage kommen dürfte. Selbstverständlich wird der überwiegende Teil der Ortsvorsteher in seinem Amt befristet. Die nicht mehr befähigten Bürgermeister werden abgesetzt. Neue Ortsvorsteher werden, meistens für abschätzbare Zeit, bestimmt nicht mehr gewählt. Sie werden zunächst einmal von der Regierung ernannt. Welche Stellung künftig der Ortsvorsteher gegenüber dem Staat und der Gemeinde einnehmen wird, ist noch nicht genau geklärt. Es ist möglich, daß der Gemeinderat an der Bestellung des Orts-

vorstehers mitwirken wird. Jedenfalls aber wird der Ortsvorsteher gegenüber dem Gemeinderat eine wesentlich stärkere Position bekommen, als dies bisher der Fall war.

### Der Landjägersmord bei Winnenden

**Stuttgart, 25. April.** In dem Landjägersmord bei Winnenden meldet der hiesige Volksbeirater: Durch die Ermittlungen des Landeskriminalpolizeiamts in Zusammenarbeit mit den örtlichen zuständigen Polizeibeamten konnte festgestellt werden, daß als Täter zu dem Mord, dem am Dienstag, den 25. Mai, morgens 1 1/2 Uhr, bei Schwaibheim der Oberlandjäger Mai von Winnenden zum Opfer gefallen ist, der ledige Arbeiter Jakob Fuchs, geb. 30. Juni 1909 zu Landorf, Bezirksamt Vögen, der bis anfangs April mehrere Jahre lang in Ludwigshafen wohnhaft war, in Frage kommt. Fuchs ist flüchtig. Umfassende Fahndungsmaßnahmen zu seiner Ergreifung sind eingeleitet. Fuchs ist 1,78 Meter groß, schlant, hat dunkelblonde lange, ungeschleifte Haare, graublau Augen, helle Stirn, gerade Nase, ist glattrasiert. Er trägt vermutlich dunklen Joppenanzug. Die Kleidung kann zunächst nicht näher beschrieben werden. Als besondere Kennzeichen sind anzuführen: Am Mittelfinger der linken Hand fehlen das erste und zweite Glied, an der rechten Ohrleiste ist ein kleiner Knubbel vorhanden. Es wird dringend ersucht, von dem Auftreten des Fuchs unverzüglich der nächsten Polizei- oder Landjägerei Kenntnis zu geben.

Der Einbrecher hatte zuvor in Schwaibheim eingebrochen, wobei er von einem Bewohner überfallen wurde. Der Einbrecher gab auf diesen zwei Schüsse ab, aber ohne zu treffen. Kurz nachher wurde er von den beiden Landjägern gefasst. Der Einbrecher gab etwa acht Schüsse ab, von denen einer Mai tödlich traf. Oberlandjäger Seybold trug keine Verletzungen davon, der Umhang und Fahrrad zeigen Durchschüsse. Am Tatort wurde das kurz vorher in Wehrberg gestohlene Gut von dem Radfahrer weggenommen. Mai brach erst nach etwa hundert Schritten zusammen und verschied, nachdem noch ärztliche Hilfe aus Schwaibheim gerufen worden war, nach einer halben Stunde. Auch bei Reichsbahn-Obersekretär Kunz hier wurde gegen 1 Uhr nachts, wohl von demselben Täter, ein Einbruchversuch verübt.

### Handel und Verkehr

**Stuttgart, 25. April.** (Württ. Weinstadt Stuttgart e. V.) Der Württ. Weinmarkt Stuttgart e. V. veranstaltet am nächsten Freitag, 28. April, vorm. 11 Uhr im Kurpark in Cannstatt eine Versteigerung von Erzeugnissen aus besten Lagen Württembergs. Kostproben werden in der Zeit von 9—11 Uhr und während der Versteigerung abgegeben.

**Stuttgart, 25. April.** (Schlachtviehmarkt.) Dem Dienstagmarkt am Markt-Bieh- und Schlachthof wurden zugeführt: 30 (unvorhaut 6) Ochsen, 63 (3) Bullen, 214 (14) Jungbullen, 342 (2) Kühe, 419 (45) Rinder, 1229 Kälber, 2267 (120) Schweine, 1 Schaf, 5 Lämmer, 1 Flegel. Erlös aus je 1 Jtr. Lebendgewicht: Ochsen a 25—28 (letzter Markt: 26—29), b 23—25 (24—26), c 21—22 (unv.), Bullen a 25 bis 26 (25—27), b 23—24 (23—25), c 22—23 (unv.), Kühe a 21—25 (22—25), b 15—19 (16—19), c 11—14 (unv.), d 9—11 (unv.), Rinder a 28—30 (28—31), b 25—27 (unv.), c 22—24 (unv.), Kälber b 45 bis 48 (43—46), c 41—44 (39—42), d 36—39 (35—37), Schweine a fette über 300 Pfd. 35—36 (36—37), b vollfleischige von 240 bis 300 Pfd. 36—37 (37—38), c von 200—240 Pfd. 35—37 (36—38), d von 160—200 Pfd. 34—35 (35—36), e fleischige von 120—160 Pfd. 33—34 (32—34), Sauen 26—30 (27—32) M. Marktverlust: Großvieh mäßig, Ueberland, Kälber lebhaft, Schweine schlappend, Ueberland.

## Mild? Ja, aber mit Kathreiner gemischt — sagt der Arzt!

### Letzte Nachrichten

**33. Friedrichshafen, 25. April.** Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ wird als Auftakt seiner diesjährigen Fahrten am Tage der nationalen Arbeit, dem 1. Mai, eine große Deutschlandfahrt unternehmen. Das Luftschiff wird am 1. Mai morgens um 2 Uhr starten. Die Fahrt geht von Friedrichshafen über Stuttgart, Frankfurt/Main, Köln, über das westfälische Industriegebiet, Bremen, Hamburg nach Berlin, wo das Luftschiff gegen 3 Uhr mittags eintreffen wird. Eine Landung ist nicht vorgesehen. Das Luftschiff wird seinen Rückflug über Sachsen und Bayern vornehmen und am 2. Mai gegen 4 Uhr morgens wieder in Friedrichshafen landen.

### Die Standarte des Reichspräsidenten

**Berlin, 25. April.** Das Reichsgesetzblatt veröffentlicht jetzt die Bestimmung über die Standarte des Reichspräsidenten. Die Standarte ist ein gleichseitiges, schwarz-weiß-rot gerändertes goldgelbes Rechteck, darin der Reichsadler, schwebend, nach der Stange gewendet. Die Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

### Die Geschäftsschließung am 1. Mai

**Berlin, 25. April.** Da in der Öffentlichkeit verschiedentlich Unklarheit darüber herrscht, ob und inwieweit die Geschäfte am 1. Mai zu schließen haben, wird von maßgebender Seite noch einmal darauf hingewiesen, daß der 1. Mai ein gesetzlicher Feiertag ist, für den alle Bestimmungen eines solchen Geltung haben.

### Dr. Gereke bleibt in Haft

**Berlin, 25. April.** In dem Verfahren gegen den früheren Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung, Dr. Gereke, wegen Betruges und Untreue gegenüber dem Verband der preussischen Landgemeinden fand am Dienstag vor der achten Strafkammer beim Landgericht I Berlin ein Hauptverhandlungstermin statt. Die Kammer beschloß, den Antrag der Verteidigung, Dr. Gereke wieder auf freien Fuß zu setzen, abzulehnen.

### Die Verordnung über die Zulassung von Ärzten zur Tätigkeit bei den Krankenkassen

**Berlin, 24. April.** (Conti-Meldg.) Im Reichsanzeiger Nr. 95 vom 24. April wird die Verordnung über die Zulassung von Ärzten zur Tätigkeit bei den Krankenkassen vom 22. April veröffentlicht. Die Verordnung bestimmt, daß die Tätigkeit von Kassenärzten nichtärztlicher Abstammung sowie von Kassenärzten, die sich in kommunistischem Sinne betätigt haben, beendet wird, und daß Neuzulassungen solcher Ärzte zu den Kassen nicht mehr stattfinden. Artikel I enthält die

Ausführungs- und Ueberleitungsbestimmungen über das kassenärztliche Dienstverhältnis. Darnach ist die Zulassung nicht-ärztlicher Ärzte nur statthaft, wenn die Ärzte am Weltkrieg im Meer des Deutschen Reiches oder eines der Verbündeten teilgenommen haben, oder wenn ihre Väter oder Söhne gefallen sind.

Für die Entscheidung in Zulassungsangelegenheiten ist das Schiedsamt bei dem Oberversicherungsamt zuständig, bei dem das Arztregister geführt wird.

Ferner enthält die Verordnung Bestimmungen über die Beendigung der Zulassung von Ärzten, die nach den vorgenannten Bestimmungen nicht zugelassen werden dürfen. Die kassenärztlichen Vereinigungen haben die Zulassung solcher Ärzte mit Wirkung vom 1. Juli 1933 ab für beendet zu erklären, soweit die Ärzte nicht bereits seit 1. August 1914 niedergelassen sind, es sei denn, daß sie sich in kommunistischem Sinne betätigt haben. Die kassenärztlichen Vereinigungen haben ihre Entscheidung dem Arzt und dem Vorstand des Verbandes der Ärzte Deutschlands unter Angabe der Gründe mitzuteilen.

Gegen ihre Entscheidung steht dem Arzt binnen zwei Wochen die Beschwerde an den Reichsarbeitsminister zu, die jedoch keine aufschiebende Wirkung hat. Falls die Beendigung der Zulassung die ärztliche Versorgung der Versicherten ernstlich gefährdet, kann der Zeitpunkt der Beendigung hinausgeschoben werden bis die ärztliche Versorgung ausreichend geregelt ist. Der Arzt darf die Fortsetzung seiner Tätigkeit nicht deshalb verweigern, weil die Beendigung seiner Zulassung gemäß der Verordnung zu erwarten ist.

Die Verordnung ist mit dem 24. April in Kraft getreten.

### Frankreichs Grenzbefestigungen

Der „Matin“ veröffentlicht an Hand einer Karte über die rheinischen Befestigungswerke an der deutsch-französisch-luxemburgischen Grenze, die von Longwy an der französisch-belgischen Grenze bis nach Dünkirchen bei Basel reichen, sehr interessante Einzelheiten über die „doppelte Verteidigungsreihe“, die, so erklärt das Blatt, von der Weiser Gegend über die Lauter längs des Rheines eine solide Feiler- und Betonwehr darstellt. Da im Norden, d. h. gegen Belgien und Luxemburg zu, keinerlei natürliche Befestigungswerke beständen, habe man in dieser Gegend sehr starke Dauerbefestigungen schaffen müssen, die sowohl den schwersten Artilleriegeschossen widerstehen und gleichzeitig den Maschinengewehren und Kanonen der verschiedensten Kaliber Unterhand böten. Diese Befestigungswerke seien durch Drahtverhaue geschützt und mit Kasematten versehen, die untereinander durch betonierte Unterstände verbunden seien. Sie lägen voneinander 10 bis 30 Kilometer entfernt. Diese „leeren Räume“ seien jedoch mit weniger starken Befestigungen, Maschinengewehrnestern und Unterständen reichlich ausgefüllt, die die schwersten Bomben aushalten, ja selbst gegen Gasbomben durch verschiedene Anordnungen, wie Luftschächte, Ventilationen usw. geschützt seien. Außerdem seien noch „liegende Befestigungsparke“ vorgesehen, die ein reichliches Material an Drahtverhaue, Betonen usw. mit sich führten.

Diese nördliche Grenzgegend ist zwei Kommandos unterstellt. Die besetzte Gegend von Metz reicht von Montmedy bis Forbach und steht unter dem Kommando des Divisionsgenerals Guizard. Die besetzte Gegend der Lauter reicht von Forbach bis zum Rhein und steht unter dem Befehl des Divisionsgenerals Randler. Die Abriegelung bis Dünkirchen ist durch eine Doppellinie von Befestigungswerken geschützt, die aus betonierten Blockhäusern besteht. Diese Blockhäuser sind durch unterirdische Gänge verbunden, die ständig Kanonen, Maschinengewehre und „eine kleine Garnison“ beherbergen können. Die gefährlichsten Stellen bei Reubersbach und Marolsheim sind härter befestigt. Diese Gegend ist in zwei Sektoren eingeteilt, und diejenige des Oberheims wird vom Brigadegeneral Chale (Rülhausen) befehligt, während die des Niederheims vom Straßburger Brigadegeneral Dehmichen kommandiert wird. Dieser doppelte Feuerwall wird jedoch, wie der „Matin“ ausdrücklich hinzufügt, keineswegs die Aufhebung der besetzten Vorkriegspläne (Metz, Verdun, Belfort und Toul) nach sich ziehen. Im Gegenteil, diese Plätze seien „neu überholt“ worden und hätten eine dritte Verteidigungslinie dar.

### Aus Welt und Leben

Eine Kräfteberechnung über die Gewalt der Orkane zeigt die Leistungen dieser Naturerscheinung in ihrer ganzen unheimlichen Wirkung. Zum erstenmale wurde eine Statistik über die Kraft eines Orkans im Oktober 1844 auf der Insel Cuba, der dort drei Tage lang tobte, festgestellt. Es wurde berechnet, daß die mittlere Leistung des Windes nicht weniger als 475 Millionen Pferdestärken betrug, was in den 72 Stunden einer Kraftmenge von etwa 34,2 Milliarden W.S. Stunden oder etwa 25,2 Milliarden Kilowattstunden entspricht. Um uns diese riesige Kraftanschauung anschaulich zu machen, sei bemerkt, daß nach den statistischen Angaben für das Jahr 1931 Groß-Berlin mit seinen über 5 Millionen Einwohnern an elektrischer Energie für Beleuchtung, Hausgebrauch, Straßen-, Stadt-, Untergrund- und Vorortbahnen insgesamt etwa 1,35 Milliarden Kilowattstunden verbrauchte. Also könnte die Energie eines Orkanes Groß-Berlin für mehr als 18 Jahre mit elektrischem Strom versorgen! Um diese Menge mechanischer Energie selbst mit den modernsten Dampfmaschinen zu erzielen, müßte man etwa 17,1 Millionen Tonnen Steinkohle verbrennen, was über einem Klotz der gesamten Jahresausbeute in Deutschland (im Jahre 1930 etwa 145 Millionen Tonnen) entspricht. Wenn man diese Menge Kohle zu einem festen Würfel formen könnte, so betrüge dessen Höhe etwa 295 Meter; er wäre also noch 70 Meter höher als der Kölner Dom.

Wien hat die erste zentrale Blutspenderstelle geschaffen. Die Bluttransfusion ist aus der modernen Medizin nicht mehr wegzudenken. Aber sie ist nicht ganz einfach. Man kann demnach nicht ohne weiteres das Blut eines an sich gesunden Menschen in die Adern eines Kranken übertragen, denn die Menschheit scheidet sich in eine Anzahl von Blutgruppen, und die Transfusion von Blut eines Menschen aus der Gruppe A an einen Kranken, der der Gruppe B angehört, kann unter Umständen lebensgefährlich werden. Man hat aber auch in den großen Krankenhäusern nicht immer gerade die richtigen Blutspender zur Hand und hat daher in Wien für alle Krankenhäuser erreichbar ein gemeinsames Blutspenderheim eingerichtet. Alle Blutspender, die sich in Wien zur Verfügung gestellt haben, sollen der Zentrale nicht allein bekannt und möglichst rasch erreichbar sein, sondern sie werden auch regelmäßig auf ihre Gesundheit untersucht und von jeder Blutgruppe sollen zwei Tag- und Nachtdienst haben, um jeden Augenblick zur Verfügung zu stehen. So scheint sich ein neuer Beruf herauszubilden: der Blutspender, der weiter nichts zu tun hat, als auf seine Gesundheit zu achten und für den Bedarfsfall sofort bereit zu sein. Wie die Wiener Blätter melden, hat sich auch bereits eine Menge von Menschen für diesen Beruf angeboten, was ja bei der herrschenden Arbeitslosigkeit kein Wunder ist. Die Stadt Wien kann nur von diesen Angeboten vorerst noch keinen Gebrauch machen, weil die nötigen Mittel nicht vorhanden sind. Fest und dauernd angestellte Blutspender gibt es also vorerst noch nicht; sie werden von Fall zu Fall berufen. Amerika hat es in dieser Beziehung besser; im Land des Dollars kommt es trotz des Bankrotts noch immer auf einige tausend Dollar nicht an. So ist dort schon vor Jahren

eine Prämie im Betrag von 25.000 Dollars für den ausgeführt worden, der sein Blut 50mal für die Transfusion bergab. Es ist nicht bekannt, ob sich in den „Staaten“ diese Prämie schon jemand verdient hat — in Deutschland ist dieser Rekord schon überschritten worden: hier hat ein Blutspender die Operation schon im vorigen Jahre bereits zum 57. Mal über sich ergehen lassen. Nun rechnet man für eine Transfusion im Durchschnitt einen Liter Blut. Was verdient nun ein professioneller Blutspender in seinem Beruf? Der Liter dieser immerhin kostbaren Flüssigkeit wird in den europäischen Krankenhäusern nicht ganz gleich eingeschätzt: die Preise schwanken zwischen 30 und 50 Mark. Wenn man in Erwägung zieht, daß ein Blutspender nach einer Transfusion immerhin Monate warten muß, bis sein Reservoir wieder aufgefüllt ist, so scheint das mehr als befriedigend, und Blutspender im Hauptberuf ist also, solange nicht der Wiener Gedanke der selten Anstellung ausgeführt werden kann, kein einträgliches Geschäft. Eigentlich traurig, wenn man erwägt, daß doch gerade durch die Blutspender, und durch sie allein, eine Menge von Menschen am Leben erhalten werden können.

**Der Tod des Richters Thayer.** Wie aus Newyork gemeldet wird, ist der Richter Webster Thayer gestorben. Thayer war Vorsitzender des Gerichts, das im Jahre 1927 gegen die beiden Italiener Sarco und Banzetti wegen Raubmordes verhandelte. Die beiden wurden zum Tode verurteilt. Das Urteil hat in der ganzen Welt großes Aufsehen erregt, noch größer aber die Vollstreckung. Die Anhänger von Sarco und Banzetti behaupteten, daß die Italiener unschuldig seien und die Verurteilung aus politischen Motiven erfolgte, weil Sarco und Banzetti sich in kommunistisch-anarchistischem Sinne betätigten. Alle Hebel wurden in Bewegung gesetzt, um Sarco und Banzetti vor dem elektrischen Stuhl zu retten. Der Kampf, der um diese beiden Männer geführt wurde, erregte die ganze Welt. Der Gouverneur Fuller lehnte aber die Begnadigung ab. Im Hinblick auf die Hinrichtung kam es in allen Großstädten der Welt zu bedrohlichen Demonstrationen, die in Paris in wüste Unruhen ausarteten. Unter den Anarchisten wurde die Parole ausgegeben: „Rache für Sarco und Banzetti!“ In verschiedenen Städten Amerikas explodierten Bomben, auch ein Bombenanschlag auf die Newyorker Untergrundbahn, der rechtzeitig entbehrte wurde, sollte der Rache für Sarco und Banzetti dienen. Der jetzt verstorbene Richter Webster Thayer, der die juristische Verantwortung für jenen Urteilspruch trug, wurde vom Tage der Hinrichtung an seines Lebens nicht mehr froh. Infolge der maßlosen Angriffe, die gegen ihn gerichtet wurden, erlitt er 1927 einen Nervenschlag. Er wurde ständig von Geheimpolizisten auf Schritt und Tritt bewacht. Trotzdem gelang es den Anarchisten, 1932 ein Bombenattentat gegen ihn zu verüben, das den Richter zwar unverletzt ließ, aber in seinem Hause und der Umgebung des Hauses großen Sachschaden anrichtete. Auch auf dem Sterbelager wichen die Geheimpolizisten nicht von seiner Seite.

**England hat Mangel an weiblichen Ärzten.** Während man bei uns über ein Ueberangebot weiblicher Ärzte klagt, besteht in England nach den Mitteilungen einer führenden Ärztin, Prof. Winifred Cullis, ein großer Mangel an Ärztinnen. An der Londoner Medizin-Schule für Frauen erhalten wir immerfort Nachfragen nach weiblichen Ärzten, aber wir haben nicht genug Frauen ausgebildet, um alle diese Posten besetzen zu können. In England ist die Abneigung des großen Publikums gegen die Befragung weiblicher Ärzte, die vor dem Kriege herrschte, in gewisser Beziehung in das Gegenteil umgeschlagen. Es gibt einzelne Häuser, wie zum Beispiel die Frauen- und Kinderklinik, in denen Ärztinnen den Männern vorgezogen werden. Natürlich ist es Sache der Persönlichkeit, eine große Praxis zu gewinnen, aber auch die durchschnittlich gute Ärztin findet in Großbritannien überall ein reichliches Auskommen.

**Ein neuer Robinson hat in der Türkei auf der kleinen Insel Ozia im Marmarameer seit 40 Jahren einsam gelebt.** Jetzt ist er plötzlich verschwunden und niemand weiß etwas über sein Schicksal. Vor 40 Jahren war er aus Liebesdramen aus der Welt geflohen und hatte seitdem auf dem kleinen Felsenland gehaust in Gesellschaft der wilden Hunde, die von den türkischen Behörden dort hin ins „Exil“ geschickt worden waren. Zwar hatte er manches Mal mit ihnen um sein Leben kämpfen müssen, wenn sie, toll vor Hunger, in seine Holzhütte eindringen wollten. Aber sie schienen ihm doch wohl eine angenehme Gesellschaft als seine Mitmenschen, mit denen er nur noch flüchtig in Berührung kam, wenn ihm nämlich die Fischer Raubzüge brachten, daß er ihnen ihre Netze bewachte. Manchmal fanden sie ihn, wenn fürmische Winde im Winter die Fischerboote im Hafen zurückhielt, nach Tagen halbverhungert irgendwo am Strand seiner Felseninsel. Jetzt ist er ganz verschwunden und die Felseninsel Ozia wird ohne ihren Robinson sein.

**Die Salzhöhle in der Sahara ist die Stadt Taudeni.** Von den Eingeborenen wird sie als die „unglücklichste Stadt der Welt“ bezeichnet, denn hier wächst kein Baum, kein Strauch, kein Palm; hier lebt kein Vogel. Die einzigen lebenden Wesen sind ein paar hundert Menschen, die in diesem gottverlassenen Ort vegetieren, sowie eine Anzahl von Aliegen und Anozier aller Art. Die Stadt Taudeni ist rings von Salzlagern umgeben. Nichtgebende Sklaven, für die das Leben seit langem abgeduldet ist, graben hier das Salz, das dann in den Kolonien verteilt wird. Vereinzelt vom weitem macht der Ort einen unheimlichen depressierenden Eindruck. Mitten in einem Ozean brennenden Wüstenlandes erheben sich trostlosen Aussehens vier Ruuertürme in halb verfallenen Zustand. Glende Hütten sprechen eine betedte Sprache. Eine unbarmherzige tropische Sonne brennt über der toten Stadt, deren Grabesfille dem Besucher als erster Eindruck von Trostlosigkeit ganz besonders anfällt. Innerhalb der Stadtmauern wohnen einige hundert Menschen, deren unumkehrbarer Herrscher der Häupt-

ling Yubo Ould Sidi Ahmed ist. Er trägt den stolzen Titel eines Kaid und verfügt über einen eigenen Hofstaat sowie über einen Harem. In der Stadt zu wohnen gilt vielen als unerhörter Luxus, denn die Sklaven, die Salz graben, wohnen außerhalb des Stadtbereichs an einer Stelle, die sich Agorgott nennt. Der Kaid sieht seine Hauptaufgabe darin, die Stadt mit einer kleinen Schar bewaffneter Männer vor dem Ueberfall von Wüstenräubern zu schützen. Er überwacht auch die Arbeit in den Salzgruben und kontrolliert die Salzabgaben der Sklaven. In der Salzhöhle bei Agorgott arbeiten hunderte Sklaven den ganzen Tag ununterbrochen. Diese ausgehungerten Keger haben keine Hoffnung auf eine bessere Lebensweise. Angenügende Ernährung, Fleisch und Durs sind der einzige Inhalt ihres Lebens. Sie haben keine Möglichkeit zur Flucht. Sollte es wirklich einem Menschen gelingen, aus der Salzgrube zu entkommen, würde er dennoch keine Freiheit nicht gewinnen, denn niemand aus Taudeni will mit einem Sklaven aus den Salzgruben verkehren. Dabei sind es nicht etwa verurteilte Verbrecher, die hier eine fürchterliche Zwangsarbeit verrichten. Es sind Menschen, die durch Gewalt, durch Mißhandlung oder aber durch Kauf Sklaven in der Salzhöhle geworden sind. Besondere Agenten des Kaid haben den Auftrag, unwissende Keger auf jede mögliche Weise, hauptsächlich im Alkoholrausch, hierher zu locken. Oft gelingt es sogar, diese Unglücklichen zu bewegen, einen regelrechten Vertrag zu unterschreiben und auf diese scheinbar gesetzliche Art Sklave zu werden. Das Salz wird in großen Klumpen aus den Wänden kleiner Gruben ausgegraben. Der Boden der Gruben ist mit abetretenden Salzabfällen angefüllt. In jeder Grube arbeiten vier Männer. Der eine schleift die Abfälle fort, der andere weitet die Grube aus, der dritte hakt das Salz von den Wänden, während der vierte das Salz zu Klumpen bestimmter Größe formt. Diese eintönige Arbeit wird verrichtet in einem unaussprechlichen Gestank unter glühender Sonne von Menschen, die überdies stets von Durs belagert werden, da in Taudeni Wasser rar ist. Selten sieht man einen jungen Sklaven, weiß gleichen sie Gerippen mit geschwollenen, rot triefenden Augen. Zwei Tage der Woche arbeiten die Sklaven für ihren eigenen Lebensunterhalt, die restlichen Tage für ihren Herrn, den Kaid. Für fünf Salzklumpen, dem Ergebnis zweitägiger Arbeit des einzelnen Sklaven, erhalten sie elf Pfund Hirse. Dieser Speisevorrat muß für die ganze Woche reichen, obwohl die Minimalration für ausreichende Ernährung eines ausgewachsenen Menschen eigentlich zwei Pfund Hirse für den Tag beträgt. Fünfzig Salzklumpen bedeuten zwei Pfund Tee, zehn Klumpen eine kleine Portion Zucker. So arbeiten diese unglücklichen Opfer unter dem „Schutz“ europäischer Zivilisation für einen Lohn, der nicht einmal zu knapstem Lebensunterhalt ausreicht.

### Arbeitszeit in den Bäckereien und Konditoreien.

Das Württ. Gewerbe- und Handelsaufsichtsamt hat die Erlaubnis erteilt, daß in den Bäckereien und Konditoreien am Samstag den 20. April ds. Js. um 3 Uhr morgens mit den Arbeiten zum Herstellen von Bäcker- und Konditorwaren begonnen wird. An die Erteilung dieser Erlaubnis werden nachstehende Bedingungen geknüpft:

1. Die Dauer der Arbeitszeit an den genannten Tagen ist soweit als möglich zu beschränken.
2. In den größeren Bäckereien ist, soweit es die räumlichen Verhältnisse erlauben, dem Geschäftsanfall auch durch Mehreinstellung von arbeitslosen Gehilfen zu begegnen.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Unternehmer gesetzlich verpflichtet sind, für die über acht Stunden täglich hinausgehende Arbeitszeit den tariflich festgesetzten Lohnzuschlag und in denjenigen Betrieben, für die ein Tarif nicht besteht, einen Lohnzuschlag von 25 v. H. zu bezahlen.

Neuenbürg, den 25. April 1933.  
Oberamt: L e m p p.

### Straßen-Sperre.

Die Staatsstraße Nr. 111, Höhen — Herrenalb, ist wegen Umbau-Arbeiten vom 27. April 1933 bis 6. Mai 1933 je einseitig für den gesamten Verkehr gesperrt. Umleitung über Neuenbürg — Marzell — Herrenalb. Zufahrt nach Döbel von Neuenbürg über Schwann — Döbel, von Herrenalb über Kotsch — Neusoh.

Calw  
Neuenbürg, den 24. April 1933.  
W. Oberamt Neuenbürg: Stroßen- u. Wasserbauamt Calw: L e m p p.

### Gemeinde Birkenfeld.

Zu dem am Dienstag den 2. Mai ds. Js. in unserer Gemeinde stattfindenden **Bieh- und Krämer-Markt** werden Kaufliebhaber freundlichst eingeladen.

Birkenfeld, den 25. April 1933.  
Bürgermeisteramt: Neuhaus.

### Unterlengenhardt.

Habe noch einige Zentner **gelbe Saattartoffeln** Böhms Allerkrübeste, Böhms Edeltraud zu verkaufen.

Bürgermeister Kugela.

Ottenhausen.  
Ca. 20 Ztr. guteingebrachte **Wiesenheu** (Berglutter) hat zu verkaufen **Wilhelm Reiter**, Telefon Nr. 7197 Pforzheim.  
**H. M. „Schwanen“**

„**Sonne**“, Calmbach  
Morgen Donnerstag  
**Mehlsuppe**,  
wozu höf. einladet  
S. Richt.

### Neubildung des Gemeinderats Birkenfeld

Der Wahlvorstand der hiesigen Gemeinde hat in seiner Sitzung am 25. ds. Mts. 19 1/2 Uhr die für die Neubildung des Gemeinderats eingereichten Wahlvorschläge geprüft und festgestellt:

Die Gemeinde Birkenfeld hatte bei der letzten Volkszählung 3688 Einwohner und der neue Gemeinderat zählt somit 10 Sitze. Bei der letzten Reichstagswahl am 5. März 1933 wurden hier für die Reichstagswahl gültige Stimmen abgegeben für:

1. Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei	726
2. Sozialdemokratische Partei Deutschlands	505
3. Württ. Hohenzollerische Zentrumspartei	11
4. Kampffront Schwarz-weiß-rot	43
5. Deutsche Volkspartei	11
6. Christlich-Sozialer Volksdienst	54
7. Deutsche Demokratische Partei	12
8. Deutsche Bauernpartei	3
9. Bauern- und Weingärtnerbund	6

Auf Grund dieser Stimmenzahlen entsfielen für den neuen Gemeinderat auf die NSDAP. 6 Sitze und auf die SPD 4 Sitze. Lehtgenannte 2 Wählergruppen haben rechtzeitig und formgerecht Wahlvorschläge eingereicht und die betr. Sitze zugeteilt erhalten. Andere Wahlvorschläge oder Listenverbindungen wurden nicht eingereicht. Als gewählte neue Gemeinderatsmitglieder haben sonach nach der Feststellung des Wahlvorstands zu gelten für:

- I. Die nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei:
  1. Wolter, Frig, kaufmännischer Angestellter
  2. Weiß, Richard, Gewerbetreibender
  3. Bester, Adolf, Kaufmann
  4. Bollmer, Christian, Schreinermeister
  5. Höll, Julius, Arbeiter und Landwirt
  6. Schöfer, Karl, Mechanikermeister.

Ersatzleute:

  - a) Schöble, Friedrich, Bäckermeister
  - b) Kiefer, Friedrich, Arbeiter
  - c) Fauth, Emil, Rektor.
- II. Die Sozialdemokratische Deutsche Arbeiterpartei:
  1. Brenner, Alfons, Metallbrücker
  2. Kugela, Jakob, Fasser
  3. Schädel, Franz, Bürstenschleifer
  4. Stump, Gustav, Fasser.

Ersatzmänner:

  - a) Drollinger, Frig, Goldschmied
  - b) Spiegel, Otto, Goldschmied
  - c) Kappler, Frig, Hilfsarbeiter.

Gegen die Gültigkeit der Neubildung des Gemeinderats kann binnen zwei Tagen nach der Bekanntmachung des Ergebnisses bei dem Oberamtsvorstand Einspruch erhoben werden. Einspruchsberechtigt ist jeder Gemeindebürger. Ueber den Einspruch entscheidet der Oberamtsvorstand endgültig.

Birkenfeld, den 25. April 1933.  
Bürgermeisteramt: Neuhaus.

### Atelier für Fußpflege

Entfernung von Hühneraugen, Hornhaut und eingewachsenen Nägeln. — Behandlung in und außer dem Hause.  
Marta Benjamin, Pforzheim, Westf. 12, Tel. 1800.

### Zwangs-Versteigerung

Es werden öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert am Donnerstag den 27. April 1933, vormittags 10 Uhr, in Neuenbürg:

- Ein Grammophon.
- Zusammenkunft beim Rathaus.
- Gerichtsvollzieherstelle des Amtsgerichts Neuenbürg.**

### Liederhraz Neuenbürg

Der Familien-Abend findet umständehalber nicht statt.  
Donnerstag abend **Singstunde** nur für Männerchor.

### Ev. Kirchengor Neuenbürg.

Heute abend punkt 8 Uhr Probe wegen Maifeier. Fehlende entschuldigen sich, andernfalls Ausschluss.  
Geißler.

### Ein Baupar-Vertrag

zu verkaufen. Angebote unter Nr. 435 an die Engländer-Geschäftsstelle.

### Birkenfeld.

In schönster Lage sonnige und sehr geräumige **Zwei-Zimmer-Wohnung**

mit Wohnküche und allem Zubehör auf 1. Juni 1933 zum Preise von monatlich 25 RM. zu vermieten.  
Schriftliche Angebote unter Nr. 290 an die „Engländer“-Geschäftsstelle.

Zum Ausbau eines zweiten Stocks auf ein schuldenfreies Anwesen werden

### 3-4000 RM.

gelehrt. Es können mehrere Gelogeber sein.  
Angebote mit Angabe des Zinsfußes sind abzugeben in der Engländer-Geschäftsstelle.

### Der „Engländer“ kann täglich bestellt werden

Heute eintreffend direkt von der See:  
Frischer **Kabliau** im ganzen Pfund **22** Pfg.  
**Kabliau-Filet** Pfund **35** Pfg.

Prima **Salatöl** Liter **80, 60, 50** Pfg.  
**Pflanzenfett** Tafel o. **32** Pfg. an

**Hartgries-Nudeln, Hörnle und Macaroni** leicht gefärbt Pfund **35** Pfg.  
**Eiernudeln und Macaroni** Pfund **38** Pfg.

**Zweifischgen** getrocknet Pfd. 30 u. **25** Pfg.  
**Milchobst** Pfd. 55 u. **40** Pfg.  
**Dampfpfäfel** Pfund **55** Pfg.

... und 5% Rabatt

### Plannkuch

**Fahnenfuche** und fertige Fahnen liefert in allen gewünschten Größen und Farben schnellstens **Otto Wild, Höfen-Eng.** Telefon 38.

Auch von auswärts werden Bestellungen schnellst. erledigt.